

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Druckindustrie - Bundesbank -
Entwicklungshilfe - Auslandsinvestitionen - Großbritannien**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1976) : Kurz kommentiert: Druckindustrie - Bundesbank - Entwicklungshilfe - Auslandsinvestitionen - Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 5, pp. 223-224

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134945>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Druckindustrie

Unnötige Eskalation

Der Tarifkonflikt in der Druckindustrie, der seinen Höhepunkt in Streiks und totaler Branchensperrung fand, wurde von zum Teil stark emotional gefärbten Meinungsäußerungen begleitet. Beschneidung der Informationsfreiheit, Arbeitgeberwillkür, Mißbrauch wirtschaftlicher Macht lauteten einige der Schlagworte. Angesichts dieser gegenseitigen Beschuldigungen sowie der mit den Aktionen verbundenen Kosten erscheint die Frage angebracht, ob die Anwendung der stärksten Waffen im Tarifstreit wirklich notwendig war.

Die ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaft mußten in der Tat schockieren, da sie weit über den vorherigen Abschlüssen lagen und eine Branche betrafen, in der Konzentrationsprozesse und technischer Wandel hohe Arbeitsplatzrisiken für qualifizierte Facharbeiter bewirken. Andererseits berechtigten der erkennbare Aufschwung und die längere Laufzeit des Tarifvertrages bis Ende März 1977 die Gewerkschaft zu höheren Forderungen. So waren der Abbruch der Verhandlungen, das Scheitern der Schlichtung und die ergriffenen Kampfmaßnahmen um so unnötiger, als Forderung und Angebot zuletzt nicht mehr sehr weit auseinanderlagen. Hier hätten die Arbeitgeber das Entgegenkommen der Gewerkschaft früher honorieren können.

Die Befürchtung, Nachschläge in anderen Tarifbereichen hervorzurufen, die von den Arbeitgeberverbänden beschworen wurde und die wohl auch die Arbeitgeber der Druckindustrie in ihrer unnachgiebigen Haltung bestärkte, kann jedenfalls bei einem Abschluß von 6% nicht mehr überzeugen; außerdem wird es auch ohne ein Tarifsignal aus der Druckindustrie zu Nachforderungen der anderen Gewerkschaften kommen, wenn die gesamtwirtschaftliche Entwicklung besser ausfallen sollte, als zu Beginn des Jahres angenommen. cr

Bundesbank

Geräuschvolle Geldpolitik

Im letzten Gemeinschaftsgutachten der fünf großen Forschungsinstitute wurde die Bundesbank daran erinnert, das angestrebte Geldmengenziel nicht aus den Augen zu verlieren und rechtzeitig mit einer vorsichtig dosierten Geldpolitik dafür Sorge zu tragen, daß der Aufschwung nicht mit einer sich beschleunigenden Inflationsrate einher-

geht. Die im Zuge der Interventionspflicht der Bundesbank während der letzten Währungsunruhen ausgeweitete Liquidität sollte nach Ansicht der Institute durch Offenmarktoperationen neutralisiert werden. Diese seien flexibler und wirkten weniger spektakulär als Mindestreservesatzerhöhungen.

Angesichts dieser Empfehlungen erscheinen die Beschlüsse des Zentralbankrats vom 4. Mai über eine Mindestreservenerhöhung überraschend. Von einer „geräuschlosen“ Maßnahme kann keine Rede sein. Verständlich wird sie nur, wenn man die dazu abgegebenen Erklärungen betrachtet. Offensichtlich ging es der Bundesbank im Verein mit der Bundesregierung um eine psychologische Beeinflussung des unternehmerischen Preisverhaltens. Unter dem Eindruck der jüngsten Preiserhöhungen in der Automobilindustrie und beim Benzin meinte man wohl, eine besonders spektakuläre Maßnahme treffen zu müssen. Es bleibt zu hoffen, daß die Bundesbank hiermit Erfolg hat. Sollten sich dagegen Zinssteigerungserwartungen bilden, da die Unternehmen eine restriktive Geldpolitik befürchten, so kann dies den Aufschwung gefährden.

Es wäre sicherlich besser gewesen, wenn die Bundesbank den Empfehlungen der Forschungsinstitute gefolgt wäre und versucht hätte, die notwendige Liquiditätsverknappung durch Offenmarktoperationen zu erreichen. Bei Mißerfolg dieser „geräuschlosen“ Politik hätte man immer noch zum Instrument der Mindestreservenerhöhung greifen können. ww

Entwicklungshilfe

Rekordjahr 1975

Die Gesamtleistungen der Bundesrepublik für die Entwicklungshilfe erreichten im vergangenen Jahr mit 12,2 Mrd. DM einen neuen Rekord. Das internationale Ziel der Entwicklungspolitik – 1% des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungsländer – wurde deutlich (1,17%) erfüllt. Der beträchtliche Zuwachs der Gesamtleistungen im Jahre 1975 gegenüber dem Vorjahr von 47,7% ist dabei vor allem auf den Zuwachs der Leistungen der privaten Wirtschaft zurückzuführen. Dieser Posten der Entwicklungshilfe stieg um 98% von 3,8 Mrd. DM auf 7,5 Mrd. DM, während der Zuwachs der öffentlichen Leistungen „nur“ 11,7% betrug.

Der Leistungsanstieg der Entwicklungshilfe verblüfft zunächst, wenn man an Rezession, Arbeitslosigkeit und leere Staatskassen des Jahres 1975 denkt. Aber gerade hierin ist – zumindest für die

privaten Leistungen – ein wesentlicher Grund für den Rekordzuwachs zu sehen. Die im Jahre 1975 offensichtlich gewordenen Schwierigkeiten, Kapital profitabel in der Bundesrepublik anzulegen, zwangen viele deutsche Unternehmen dazu, sich nach günstigeren Anlagemöglichkeiten in der (Dritten) Welt umzuschauen.

Diese Entwicklung kann zweifelsohne nicht als Zeichen dafür gesehen werden, „wie interessant Entwicklungspolitik für unsere Wirtschaft ist“ (Minister Bahr), sondern allenfalls als ein Indiz für relativ günstigere Kapitalanlagemöglichkeiten in diesen Ländern. Ebenso wenig signalisiert die überdurchschnittliche Steigerung der öffentlichen Ausgaben im Rahmen der Entwicklungshilfe ein stärkeres entwicklungspolitisches Engagement der Bundesrepublik. Diese Steigerung wurde nicht zuletzt deshalb möglich, weil als Folge von Verwaltungsvereinfachungen 1975 die Kredite schneller als früher zugeteilt werden konnten. Schließlich ist die Erfüllung der sogenannten 1%-Klausel wesentlich auch eine Folge des rückläufigen Bruttosozialprodukts im vergangenen Jahr. kü

Auslandsinvestitionen

Erweiterte Meldepflicht

Mit Wirkung vom 3. April 1976 gelten nach der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) neue Bestimmungen für die Meldepflicht grenzüberschreitender Investitionen. Stand und ausgewählte Positionen des Vermögens und dessen Zusammensetzung, Zweigniederlassungen und Betriebsstätten werden in Zukunft auch in den Meldungen ausgewiesen. Zusammengezogene Bilanzposten bei Investitionen gebietsfremder Unternehmen und bei Kapitalanlagen im Ausland werden ebenfalls erfaßt. Gebietsansässige unterliegen zudem der Meldepflicht, wenn sie mit mindestens 25 % an gebietsfremden Unternehmen beteiligt sind. Für abhängige Unternehmen sind spezielle Meldevorschriften erlassen worden. Lediglich Beteiligungen mit einem Wert unter 500 000 DM sind in Zukunft von diesen Bestimmungen ausgenommen.

In Zukunft sollen die Statistiken über Auslandsinvestitionen Holdinggesellschaften und Beteiligungen getrennt ausweisen. Damit soll ein erster Schritt zur Klärung der Struktur außenwirtschaftlicher Verflechtungen, insbesondere bei multinationalen Unternehmen, getan werden. Denn zu lange schon ist die Struktur deutscher Auslandsinvestitionen und ausländischer Investitionen in der Bundesrepublik auf eine Darstellung des Volumens einzelner Länder oder Branchen beschränkt gewesen. Das Fehlen weiterer Unterlagen er-

schwerte eine gezielte Förderung der Auslandsinvestitionen im Rahmen der Außenwirtschaftspolitik. Wettbewerbliche Diskriminierungen gegenüber den Unternehmen in anderen Ländern sind kaum zu erwarten. Schon längst werden im Ausland mehr Informationen über grenzüberschreitende Investitionen gesammelt als in der Bundesrepublik. Das für deutsche Verhältnisse neue Verfahren deckt sich zudem mit den in der EWG vereinbarten Richtlinien zur Erfassung des Kapitalverkehrs. Schließlich kann mehr Publizität auch einen notwendigen und längst überfälligen Beitrag zur Entmystifizierung multinationaler Unternehmen in der Bundesrepublik leisten. mk

Großbritannien

Nordseeöl als Exportartikel

Mit der Verschiffung von 55 000 t Nordseeöl nach Deutschland reihte sich Großbritannien am 27. April in den Kreis der erdölexportierenden Länder ein. In Anbetracht der sonst wenig erfreulichen Neuigkeiten aus der britischen Wirtschaft wurde diese Nachricht im Lande mit Genugtuung aufgenommen. So würdigte Energieminister Benn das Ereignis als einen Meilenstein für die Nutzung der britischen Off-shore-Vorkommen in der Nordsee.

So verständlich die Genugtuung der Briten sein mag, fest steht wohl auch, daß von den Ölexporten zumindest in den nächsten Jahren noch keine allzu bedeutenden Impulse auf die kränkelnde britische Wirtschaft ausgehen werden. Zwar sind seit Beginn der Fördertätigkeit im vergangenen Jahr bereits rd. 2 Mill. t Öl gefördert worden und auch die Produktionsergebnisse aus dem Forties Field (100 000 Barrels/Tag) geben sicherlich einen gewissen Anlaß zum Optimismus. Doch Prognosen zufolge wird das Vereinigte Königreich erst in den frühen 80er Jahren auch die Position eines Nettoexporteurs erreichen. Und erst das Erreichen dieser Position kann zu einer wesentlichen Entlastung der britischen Zahlungsbilanz führen.

Sieht man von den Exporten einmal ab, so dürften immerhin von Großbritanniens steigender Ölproduktion schon jetzt positive Wirkungen auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung, etwa in Richtung auf einen Strukturwandel, ausgehen. Diese Effekte treten lediglich angesichts der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage und -struktur, insbesondere im industriellen Bereich, nicht so offen zutage wie beispielsweise in Norwegen. Vor übertriebenen Erwartungen sollte man sich aber auch hier hüten. Um eine mehrjährige Durststrecke wird die britische Wirtschaft in keinem Fall herumkommen. iwe